

 HYSTERIE

Zwei Pistolen im Wald bei Berlin: Warum die Republik plötzlich vor einem „russischen Waffendepot“ zittert

Vieles bleibt ungeklärt. Politik und Medien liefern trotzdem das passende Russland-Framing, ein weiteres Kapitel in der Geschichte der unbelegten Vermutungen.



Boban Dukic

24.08.2026, 19:47 Uhr ⌚ 7 Min



Alexander Dobrindt (CSU) äußert sich zum Waffenfund bei Berlin. Russland nennt er nicht beim Namen, sondern spricht von „fremden Mächten“.

© Andreas Gora/imago

Sobald ein Sicherheitsvorfall Fragen aufwirft, so klein er auch sein mag, weist der Kompass in der deutschen Politik seit 2022 verlässlich nach Osten: Russland ist immer schuld. Es ist ein Reflex, der die politische Kommunikation und weite Teile der medialen Berichterstattung gleichermaßen durchzieht und eine sachliche Einordnung erschwert.

Jüngstes Beispiel für dieses Phänomen ist ein Waffenfund in einem Waldgebiet am Rande Berlins, der derzeit als Treibstoff für eine konzertierte Panikmache dient.

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) spricht von „fremden Mächten“, Medienberichte gehen weiter und nennen russische Geheimdienste als Auftraggeber – die Faktenlage spricht eine deutlich bescheidenere Sprache.

Zwischen Briefkasten und Weltverschwörung

Was dort konkret ans Tageslicht kam, verdeutlicht die Diskrepanz zwischen Befund und Deutung. In einem Waldstück entdeckten Sicherheitsbehörden zwei scharfe Handfeuerwaffen samt Munition, vergraben in einem Briefkasten. Wo die Realität lediglich zwei Pistolen hergibt, machen Politik und der ÖRR und viele andere Leitmedien mit einem zweifelhaften Framing umgehend ein „Waffendepot“ daraus.

Ein Depot oder ein Lager evoziert gedanklich eine Masse und eine Quantität, die zwei Handfeuerwaffen schlicht nicht hergeben. Jeder Berliner Clan-Chef hat wahrscheinlich mehr Waffen im Handschuhfach als dieses „Waffendepot“, aber es klingt natürlich gefährlicher und mysteriöser. Doch für die Erzählung von der hybriden Gefahr reicht heutzutage offenbar schon eine leere Patronenhülse im Wald aus.

Nach Angaben von Dobrindt war der Verfassungsschutz bereits im vergangenen Oktober auf Hinweise aufmerksam geworden. Der Fund steht im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen einen Verdächtigen, der in Rumänien festgenommen wurde und dort in Haft sitzt. Die Generalbundesanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit.

Dennoch bleibt vieles im Vagen, denn konkrete Hinweise auf geplante Anschläge gibt es bislang nicht. Trotzdem ist das Urteil der Politik bereits gefällt. Dobrindt erklärte: „Diese Waffen, die gefunden worden sind, und auch die Munition, die ist sicherlich vorgesehen gewesen, um Anschlagplanungen durchzuführen.“

Das Muster der unbelegten Verdächtigungen

Dieses Muster zeigt sich auch bei der Auswertung vermeintlicher Sabotageakte aus der Luft. Eine Ende November 2025 veröffentlichte gemeinsame Analyse der niederländischen Zeitung Trouw und des Fachportals Dronewatch wertete 61 Drohnenmeldungen in elf europäischen Ländern aus, die zuvor vielfach Spekulationen über eine russische Beteiligung ausgelöst hatten.

Das Ergebnis fällt jedoch deutlich zurückhaltender aus: In 55 Fällen ließ sich keine feindliche oder illegale Drohne bestätigen. Bei 41 Meldungen blieb die Herkunft des beobachteten Objekts völlig ungeklärt, in 14 Fällen stellte sich heraus, dass es sich schlicht um andere Objekte handelte. Lediglich drei russische Drohnen wurden eindeutig bestätigt

– allerdings in Polen, Rumänien und Moldau. Belastbare Belege für eine systematische russische Drohnenkampagne in Westeuropa fanden die Autoren damit ausdrücklich nicht.

Auch deutsche Fälle zeigen, wie unterschiedlich die Hintergründe solcher Vorfälle sein können. Am Flughafen München führten mehrere Drohnensichtungen Anfang Oktober 2025 zur Einstellung des Flugbetriebs und betrafen Tausende Passagiere. Bei der anschließenden Suche konnten die Sicherheitsbehörden jedoch weder die Flugobjekte noch einen Verantwortlichen ausfindig machen – wer hinter den Sichtungen steckte, blieb völlig ungeklärt. Ein anderes Bild bot sich wenige Tage später am Frankfurter Flughafen: Dort wurde tatsächlich eine Drohne entdeckt und ein 41-jähriger Hobbydrohnenpilot festgenommen, der lediglich sein neues Gerät testen wollte.

Etwas konkreter wird's in Leipzig

Dennoch dient auch der jüngste Fall am Flughafen Leipzig/Halle vom August 2026 seither als Beleg für eine neue Qualität der Bedrohung. Dort wurde eine mit den hochexplosiven Sprengstoffen PETN und Semtex sowie einem Zünder präparierte Drohne in unmittelbarer Nähe ukrainischer Frachtflugzeuge entdeckt. Die Bundesanwaltschaft übernahm die Ermittlungen wegen des Verdachts eines versuchten Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion.



OS OPEN SOURCE

Jenny Gertz in Halle/Saale: Tanzpädagogin, Visionärin und Revolutionärin



SCHWEIZ

Höhere US-Zölle: Schweizer Industrie nimmt Gewinneinbußen in Kauf

Obwohl bis heute weder bekannt ist, wer die Drohne steuerte, noch wo sie gestartet wurde, sprach Bundesinnenminister Alexander Dobrindt umgehend von einer neuen Qualität der Bedrohung und verwies auf den Verdacht einer Beteiligung „fremder Mächte“. Eine staatliche Urheberchaft ist auch hier bis heute nicht bewiesen, doch die politische Einordnung war bereits erfolgt.

Nord Stream als Paradebeispiel der falschen Vorverurteilung

Besonders eklatant war die Fehlgewichtung der Vermutungen bei der Sabotage der Nord-Stream-Pipelines. Nachdem monatelang Russland als Drahtzieher inszeniert wurde, konzentrieren sich die deutschen Ermittlungen inzwischen auf eine ukrainische Gruppe. Gegen den mutmaßlichen Organisator Serhii K., der in Italien festgenommen und nach

Deutschland überstellt wurde, läuft inzwischen ein Strafverfahren. Der ukrainische Taucher Wolodymyr Z. wurde später in Kroatien festgenommen und sitzt dort in Untersuchungshaft, während über seine Auslieferung nach Deutschland entschieden wird. Die anfängliche Erzählung einer russischen Täterschaft hat sich damit als haltlos erwiesen, doch das Narrativ blieb lange Zeit unwidersprochen im Raum stehen.

Voldemort im politischen Berlin

Die Eröffnung von Marietta Slomka im „heute journal“ am vergangenen Freitag ist sinnbildlich für diesen Zustand: „Man kann fast den Eindruck gewinnen, dass der russische Staat inzwischen so etwas wie der Voldemort für die Bundesregierung ist. Der, dessen Name nicht genannt werden darf. Wobei Bundesinnenminister Dobrindt so etwas wie ein Synonym entwickelt hat. Er spricht dann von ‚fremden Mächten‘ und ‚hybriden Szenarien‘, und dann weiß eigentlich jeder, wer oder was mutmaßlich gemeint ist.“

So einfach ist das. Man sichert sich ab durch Codes. Man benennt nicht konkret, um die eigene Professionalität zu wahren, aber trotzdem weiß jeder, was gemeint ist.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) reichte das Spiel der Andeutungen nicht. Er äußerte bereits im Oktober 2025 bei „Caren Miosga“ den Verdacht einer russischen Beteiligung an Drohnenflügen mit den Worten: „Unsere Vermutung ist, dass Russland hinter den meisten dieser Drohnenflüge steckt.“ Eine Vermutung. Belastbare Belege fehlten auch hier, doch der Spin war erfolgreich platziert.

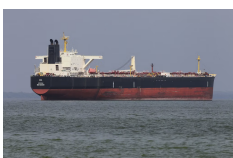
Selbst Colin Powell hatte noch falsche Beweise

Die Begriffe „fremde Mächte“ und „hybride Szenarien“ fungieren als immerwährender Code für Russland. Jeder weiß also, wer gemeint ist, und die Andeutung reicht vollkommen aus. Man gibt sogar offen zu, dass die Anhaltspunkte oft nicht genügen. Auch Jens Riewa sprach in der ARD von einem „Depot“, das „russischen Agenten für Anschläge dienen sollte“. Er zitierte dabei Recherchen von NDR, WDR und SZ, reproduzierte dabei das alarmistische Wording.



GROSSBRITANNIEN

Mit Zwillingsschwester verwechselt: Frau darf nicht ins Flugzeug einsteigen



IRAN-KRIEG

Straße von Hormus: Iran droht 45 Tankern mit Beschlagnahme

Wenn man an eines der bekanntesten Beispiele der jüngeren Geschichte von Verdächtigungen in der internationalen Politik zurückdenkt, fällt einem Colin Powell ein. Der damalige US-Außenminister bemühte sich 2003 im UN-Sicherheitsrat immerhin noch, irgendeine Art von Beweisführung für die Existenz von Massenvernichtungswaffen des Regimes von Saddam Hussein aufzuzeigen.

Er präsentierte immerhin Satellitenaufnahmen und Grafiken, um die Weltöffentlichkeit von der Notwendigkeit des Irak-Kriegs zu überzeugen. Powell gestand später ein, dass er mit falsch erkannten Tatsachenbehauptungen operiert hatte. Heute scheint ein solcher Aufwand nicht mehr nötig zu sein, denn in Deutschland genügen oft schon die bloßen Codes, um eine ähnliche Wirkung zu erzielen.

Die Sehnsucht nach dem Stichhaltigen

Vielleicht handelt es sich bei dem Fund im Brandenburger Wald tatsächlich um gelagerte Pistolen, die der russische Geheimdienst oder ein sogenannter Wegwerf-Agent platziert hat. Vielleicht werden die Behörden irgendwann in der Lage sein, stichfestere Beweise zu präsentieren oder zumindest eine einigermaßen glaubwürdige Fälschung wie bei Powell – oder auch nicht.

Doch bis dahin bleibt die Frage bestehen, warum kollektiv von einem „Lager“ oder „Depot“ gesprochen wird, wenn es sich um zwei Handfeuerwaffen handelt. Zur Hysterie reichen die Vorstellung und schließlich auch die Vermutungen prominenter Stimmen, die ohnehin schon immer wussten, wer der Schuldige ist.



Ihre Meinung ist uns wichtig. Senden Sie uns Ihr Feedback zu diesem Artikel an:
briefe@berliner-zeitung.de

Lesen Sie mehr zum Thema

[Russland](#)[Berlin](#)[Alexander Dobrindt](#)[Waffendepot](#)[Framing](#)[CSU](#)[Pistole](#)